

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Einführung .....	I

## Allgemeiner Teil: Risiko und Recht

1. Abschnitt: Der Risikobegriff als Ausgangspunkt einer neuen Verwaltungsrechtsdogmatik .....	7
A. Risiko als Rechtsbegriff .....	7
I. Soziologischer Risikobegriff .....	7
1. Unterscheidung von Risiko und Gefahr in der Soziologie .....	7
2. Übertragbarkeit der soziologischen Begrifflichkeiten auf das Recht .....	8
II. Rechtlicher Risikobegriff .....	9
1. Verschiedene Risikodefinitionen im geltenden Recht .....	10
2. Der Risikobegriff in der deutschen Verwaltungsrechts- dogmatik .....	11
a) Graduelle Stufenmodelle – Risiko als <i>Minus</i> zur Gefahr .....	12
b) Ungewissheitsorientiertes Risikomodell – Risiko als <i>Aliud</i> zur Gefahr .....	13
3. Der Risikobegriff im Unions- und Völkerrecht .....	17
B. Risikospezifischer Regelungsauftrag .....	19
I. Schutzpflichten als Ausgangspunkt der Risiko- bewältigungspflicht .....	20
1. Risikobewältigungspflicht im Nationalstaat .....	20
2. Risikobewältigungspflicht im transnationalen Kontext .....	23
II. Besondere Anforderungen an das Recht im Umgang mit Risiken ..	24

1. Die Wissenschaftsbezogenheit staatlicher Risikoregulierung ..	24
2. Das Abwägungsgebot im staatlichen Umgang mit Risiken ....	25
a) Entscheidungsspielräume unter Ungewissheitsbedingungen .....	26
b) Kosten-Nutzen-Abwägungen im Umgang mit Risiken .....	29
3. Staatliche Risikoentscheidungen zwischen Subjektivität und Normativität .....	32
III. Konkrete staatliche Aufgabenfelder im Umgang mit Risiken .....	34
1. Risikoprävention .....	34
a) Risikoerkennung, -abschätzung und -überwachung .....	35
b) Risikobewertung .....	38
c) Präventives Risikomanagement .....	40
2. Katastrophenrecht als Teil der rechtlichen Risikobewältigung .	43
3. Risiko- und Katastrophenkommunikation als Gegenstand rechtlicher Risikobewältigung .....	47
C. Risikobewältigung im globalen Kontext .....	47
2. Abschnitt: Maßgebliche Prinzipien für den rechtlichen Umgang mit Risiken .....	50
A. Effektivität .....	50
I. Effektivität als Maßstab .....	50
II. Verhältnis von Effizienz und Effektivität im Umgang mit Risiken	54
B. Demokratische Legitimation .....	56
I. Philosophische Legitimation der Demokratie .....	56
II. Die demokratische Legitimation im deutschen Verfassungsstaat .	61
III. Demokratische Legitimation auf supra- und internationaler Ebene .....	63
C. Rechtsstaatliche Grundsätze .....	69
3. Abschnitt: Spannungsfelder der maßgeblichen Prinzipien in der Risikobewältigung .....	72
A. Demokratische Legitimation und Effektivität .....	72
I. Verantwortungsverlagerungen im rechtlichen Umgang mit Risiken .....	73
1. Verantwortungsverlagerung auf höhere Regelungsebenen .....	73
2. Verantwortungsverlagerung auf die Exekutive .....	74
a) Ermächtigung zu eigener Rechtsetzung .....	75
b) Administrative Entscheidungsfreiräume .....	77
c) Gründung von selbstverantwortlichen Agenturen .....	80

3.	Verantwortungsverlagerung auf private Sachverständige . . . . .	81
a)	Verweis auf außerrechtliche technische Regelwerke . . . . .	82
b)	Delegation von Hoheitsbefugnissen an externe Sachverständigengremien . . . . .	82
II.	Verantwortungsverlagerungen als Legitimationsproblem . . . . .	84
1.	Verantwortungsverlagerung auf höhere Regelungsebenen . . . . .	85
2.	Verantwortungsverlagerung auf die Exekutive . . . . .	86
3.	Verantwortungsverlagerung auf private Sachverständige . . . . .	91
III.	Kompensationsansätze für die Legitimationsdefizite . . . . .	94
1.	Kompensation der Input-Legitimation durch Output-Legitimität . . . . .	94
a)	Höhere Output-Legitimität durch höhere Expertise . . . . .	94
b)	Höhere Output-Legitimität durch größere Wirkungsmacht . . . . .	109
2.	Kompensation durch Prozeduralisierung . . . . .	110
a)	Legitimierende Wirkung von Verfahren im Rahmen der soziologischen Systemtheorie <i>Luhmanns</i> . . . . .	111
b)	Legitimation durch rationalisierende Verfahrensvorschriften . . . . .	112
c)	Legitimation durch partizipatorische Verfahrensvorschriften . . . . .	115
IV.	Anerkennung des Zielkonflikts von demokratischer Legitimation und Effektivität und Maßstabbildung . . . . .	119
1.	Maßstäbe für die Verantwortungsverlagerung auf höhere Regelungsebenen . . . . .	120
2.	Maßstäbe für die Verantwortungsverlagerung auf die Exekutive . . . . .	123
3.	Maßstäbe für die Verantwortungsverlagerung auf private Sachverständige . . . . .	130
B.	Rechtsstaatliche Grundsätze und Effektivität . . . . .	133
I.	Außerstaatliche und informale Rechtssetzung im Risikoverwal- tungsrecht – Vom „Hard Law“ zum „Soft Law“ . . . . .	133
II.	Rechtsstaatlichkeit im Angesicht von Katastrophen . . . . .	138
1.	Renaissance des Dezisionismus in der Risikogesellschaft . . . . .	138
2.	Fortgeltung des Rechtsstaatsprinzips in der Katastrophe . . . . .	142
a)	Antizipierte Katastrophen als regelbare Katastrophen . . . . .	142
b)	Absolutheit rechtsstaatlicher Mindestbedingungen . . . . .	143
c)	Rechtsstaatliche Grundsätze als Grundbedingung der Demokratie . . . . .	144
d)	Effektivitätsgewinne durch rechtzeitige Regelung der Katastrophe . . . . .	147

4. Abschnitt: Konkrete Maßgaben für die Prävention, Vorbereitung und Bewältigung des Risikoeintritts sowie die Risikokommunikation .....	149
A. Risikoprävention .....	149
I. Aufgabenteilung zwischen Legislative, Exekutive und privatem Sachverstand .....	149
II. Regelungsebene .....	152
B. Vorbereitung des Risikoeintritts bzw. Katastrophenvorbereitung .....	153
I. Aufgabenteilung zwischen Legislative, Exekutive und privatem Sachverstand .....	153
II. Regelungsebene .....	154
C. Bekämpfung der Folgen der Risikorealisation bzw. Katastrophenbekämpfung .....	155
I. Aufgabenteilung zwischen Legislative, Exekutive und privatem Sachverstand .....	155
II. Regelungsebene .....	155
D. Risiko- und Katastrophenkommunikation .....	156
I. Aufgabenteilung zwischen Legislative, Exekutive und privatem Sachverstand .....	157
II. Regelungsebene .....	158

## Besonderer Teil:

### Juristische Bewältigung des Pandemierisikos

1. Abschnitt: Bestimmung des Untersuchungsgegenstandes und Überblick über die Rechtsgrundlagen .....	161
A. Charakteristika des Pandemierisikos .....	161
B. Begriffsdefinition .....	163
C. Eingrenzung des Referenzbereichs .....	164
I. Begrenzung auf natürliche Pandemien .....	164
II. Einführung in die Epidemiologie von Influenzapandemien .....	164
D. Überblick über die Rechtsgrundlagen .....	167
I. Völkerrechtliche Rechtsgrundlagen .....	168
II. Europarechtliche Rechtsgrundlagen .....	169
III. Rechtsgrundlagen in der Bundesrepublik Deutschland .....	170

1. Seuchenschutzrecht .....	170
2. Katastrophenschutzrecht .....	171
IV. Pandemieplanung im Mehrebenensystem .....	172
2. Abschnitt: Risikoprävention .....	174
A. Völkerrechtliche Pandemierisikoprävention .....	175
I. Risikoerkennung, -abschätzung und -überwachung .....	175
1. Die Meldepflichten der Mitgliedsstaaten .....	177
2. Zusätzliche Informationsquellen der Weltgesundheits- organisation .....	179
II. Risikobewertung .....	181
1. Feststellung der gesundheitlichen Notlage von internationaler Tragweite .....	181
2. Maßstäbe der Risikobewertung der Weltgesundheits- organisation .....	182
III. Präventive Risikomanagementmaßnahmen .....	183
1. Pflicht zum Ausbau der nationalstaatlichen Gesundheitssysteme .....	183
2. Risikoprävention durch Beschränkung des Handels- und Reiseverkehrs .....	184
a) Beschränkungsmöglichkeiten nach den Internationalen Gesundheitsvorschriften .....	184
b) Risikoprävention im Regelungsregime der Welthandels- organisation .....	184
3. Risikomanagementmaßnahmen zur Verhinderung von Zoonosen .....	186
a) Internationales Tierseuchenamt .....	186
b) Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation und Codex Alimentarius Kommission .....	187
c) Zusammenarbeit von Weltgesundheitsorganisation, Internationalem Tierseuchenamt und Welternährungs- organisation zur Bewältigung von Zoonosen .....	188
IV. Koordination der transnationalen Risikopräventions- mechanismen .....	188
B. Europarechtliche Pandemierisikoprävention .....	189
I. Risikoerkennung, -abschätzung und -überwachung .....	189
II. Risikobewertung .....	191
III. Präventive Risikomanagementmaßnahmen .....	192
C. Nationale Pandemierisikoprävention in der Bundesrepublik Deutschland .....	194

I. Risikoerkennung, -abschätzung und -überwachung .....	194
1. Bestimmungen des Infektionsschutzgesetzes .....	194
a) Meldepflichten .....	194
b) Sentinel-Erhebungen .....	197
c) Weitergabe der Daten .....	197
d) Elektronisches Meldesystem .....	197
2. Surveillancekonzepte im Rahmen der Pandemieplanung .....	198
II. Risikobewertung .....	199
III. Präventive Risikomanagementmaßnahmen .....	201
1. Verhütung übertragbarer Krankheiten nach dem Infektionsschutzgesetz .....	201
2. Gesetz zur Durchführung der Internationalen Gesundheits- vorschriften und Einreisebestimmungen .....	202
3. Tierseuchenrechtliche Vorschriften .....	203
D. Kritische Würdigung anhand der Bewertungskriterien .....	205
I. Effektivität .....	205
1. Risikoerkennung, -abschätzung und -überwachung .....	205
a) Zusammenspiel der verschiedenen Regelungsebenen .....	205
b) Meldecompliance .....	207
2. Risikobewertung .....	209
3. Präventive Risikomanagementmaßnahmen .....	213
a) Regelungen zur Verhinderung von Zoonosen .....	213
b) Bestimmungen zum Aufbau der eigenen Gesundheitssysteme ...	213
II. Demokratische Legitimation .....	215
1. Wahrung des Subsidiaritätsprinzips .....	215
a) Meldepflichten .....	215
b) Ausbau der Gesundheitssysteme .....	216
2. Demokratische Defizite auf den verschiedenen Regelungsebenen .....	216
a) Demokratiedefizit im Rahmen der Seuchenprävention der Weltgesundheitsorganisation .....	216
(1) Regelungsmacht und technokratische Struktur der Weltgesundheitsorganisation .....	217
(2) Einflussmacht von Donatoren auf die internationale Gesundheitspolitik .....	220
b) Demokratiedefizit im Rahmen der Seuchenprävention der EU ...	221
c) Demokratiedefizit im Rahmen der nationalen Präventionsvorschriften .....	223
III. Gesamtbewertung der Pandemieprävention .....	225

3. Abschnitt: Vorbereitung des Risikoeintritts bzw. der Katastrophe .....	227
A. Völkerrechtliche Pandemievorbereitung .....	228
I. Pandemieplanung .....	228
II. Völkerrechtliche Patentschutzbeschränkungen bei Medikamenten als Teil der Pandemievorbereitung .....	231
III. Fehlende völkerrechtliche Katastrophenvorbereitungs- maßnahmen .....	234
B. Europarechtliche Pandemievorbereitung .....	236
I. Pandemieplanung .....	236
II. Koordinierung der nationalen Vorbereitungsmaßnahmen .....	237
III. Europarechtliche Medikamentenbeschaffung .....	238
IV. Europarechtliche Katastrophenvorbereitungsmaßnahmen .....	240
1. Primärrecht .....	240
2. Sekundärrecht .....	241
C. Nationale Pandemievorbereitung in der Bundesrepublik Deutschland .	243
I. Pandemieplanung in Deutschland .....	243
1. Rechtsnatur der Pandemiepläne .....	244
2. Nationaler Pandemieplan .....	245
a) Ziele und Grundlagen der Planung .....	246
b) Konkrete Handlungsanweisungen des Nationalen Pandemieplans 2007 .....	247
(1) Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen .....	248
(2) Empfehlungen zur Bevorratung antiviraler Arzneimittel ....	248
(3) Empfehlungen zur Impfstoffbeschaffung und -verteilung ....	249
3. Planungen der Länder und Kommunen .....	250
II. Nationale Medikamentenbeschaffung und -verteilung .....	251
1. Beschaffung von Medikamenten auf nationaler Ebene .....	251
a) Behandlungskosten .....	252
(1) Antivirale Medikamente .....	252
(2) Schutzimpfungen .....	252
b) Vorhaltekosten .....	256
(1) Antivirale Medikamente .....	257
(2) Schutzimpfungen .....	258
2. Medikamentenverteilung .....	259
III. Gewährleistung der medizinischen Versorgungskapazitäten ....	261
IV. Nationale Katastrophenvorbereitungsmaßnahmen .....	262
1. Katastrophenschutzvorbereitung der Länder .....	262
2. Katastrophenschutzvorbereitung des Bundes .....	264

a) Verfassungsrechtlicher Rahmen .....	265
b) Einfluss der Innenministerkonferenz .....	266
c) Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz .....	267
d) Sicherstellungsgesetze .....	268
D. Kritische Würdigung anhand der Bewertungskriterien .....	270
I. Effektivität .....	270
1. Pandemie- und Katastrophenplanung .....	270
a) Zweck und Funktion von Plänen im Angesicht von Risiken und Katastrophen .....	271
b) Effektivität der Pandemie- und Katastrophenplanung im Mehrebenensystem .....	273
2. Medikamentenbeschaffung, -bevorratung, -verteilung und Katastrophenvorbereitung .....	275
a) Globale Medikamentenbeschaffung, -bevorratung, -verteilung und Katastrophenvorbereitung .....	275
(1) Auswirkungen der Patentrechtseinschränkungen im Rahmen des TRIPS-Agreements .....	275
(2) Erforderlichkeit eines globalen Medikamentenvorrats .....	276
(3) Erforderlichkeit einer globalen Katastrophenvorbereitung ...	278
b) Europäische Medikamentenbeschaffung, -bevorratung, -verteilung und Katastrophenvorbereitung .....	278
c) Nationale Medikamentenbeschaffung, -bevorratung, -verteilung und Katastrophenvorbereitung .....	279
II. Demokratische Legitimation .....	281
1. Planung – Zukunftsvorsorge zwischen Legislative und Exekutive .....	282
2. Keine gesetzliche Regelung der medizinischen Ressourcen- verteilung unter Knappheitsbedingungen .....	284
3. Exekutive Rationierungsentscheidungen der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze .....	287
III. Rechtsstaatliche Grundsätze .....	289
1. Pandemiepläne als gesetzvertretendes soft law .....	289
2. Ergänzung der Katastrophenschutzausstattung der Länder als Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip .....	290
3. Einflussmacht interföderaler Ministerkonferenzen auf die Pandemie- und Katastrophenvorbereitung .....	291
4. Föderale Medikamentenbeschaffung als Verstoß gegen Art. 3 Abs. 1 GG? .....	294
IV. Gesamtbewertung der Pandemie Vorbereitung .....	296

4. Abschnitt: Bekämpfung der Folgen der Risikorealisation bzw. Katastrophenbekämpfung .....	297
A. Völkerrechtliche Pandemiebekämpfung .....	297
I. Seuchenrechtliche Bestimmungen .....	297
II. Katastrophenrechtliche Bestimmungen .....	299
III. Notfall-Mission UNMEER des UN-Sicherheitsrats .....	301
B. Europarechtliche Pandemiebekämpfung .....	302
I. Seuchenrechtliche Bestimmungen .....	302
1. Koordinierungsleistungen auf Unionsebene .....	302
2. Krankheitsbedingte Freizügigkeitsbeschränkungen .....	304
II. Katastrophenschutzbestimmungen .....	304
C. Nationale Pandemiebekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland .....	305
I. Seuchenrechtliche Bestimmungen .....	305
1. Materiell-rechtliche Bestimmungen zur Seuchenbekämpfung	306
a) Bekämpfungsmaßnahmen auf Grundlage des Infektions- schutzgesetzes .....	306
(1) Infektionsschutzrechtliche Adressaten .....	306
(2) Grundsatz der freiwilligen Behandlung und Verordnungs- ermächtigung für die Begründung einer Impfpflicht .....	307
(3) Seuchenrechtliche Gefahrenerforschungseingriffe .....	308
(4) Infektionsschutzrechtliche Bekämpfungsgeneralklausel und Standardmaßnahmen .....	309
(5) Besondere Vorschriften für Schulen und sonstige Gemeinschaftseinrichtungen .....	310
b) Bekämpfungsmaßnahmen auf Grundlage des Freizügigkeits- gesetzes/EU .....	311
2. Organisationsrechtliche Vorgaben zur Seuchenbekämpfung	311
a) Landesvollzug des Infektionsschutzgesetzes .....	312
(1) Vollzugsanordnungen im Infektionsschutzgesetz .....	312
(2) Ausgestaltung durch die Länder .....	313
b) Bereichsspezifische Bundesoberbehörden .....	315
(1) Robert-Koch-Institut .....	315
(2) Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte und Paul-Ehrlich-Institut .....	316
(3) Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung .....	316
(4) Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und Umweltbundesamt .....	317
c) Bund-Länder-Informationsverfahren nach § 5 IfSG .....	318
II. Katastrophenrechtliche Bestimmungen zur Pandemie- bekämpfung .....	321

1. Materiell-rechtliche Vorgaben im Katastrophenschutz .....	321
a) Katastrophenschutzgesetze der Länder .....	321
b) Gesetz über den Zivilschutz und die Katastrophenhilfe des Bundes .....	323
2. Organisationsrechtliche Vorgaben im Katastrophen- schutzrecht .....	323
a) Katastrophenorganisationsrecht der Länder .....	323
(1) Katastrophenschutzbehörden .....	323
(2) Einsatzleitung .....	325
(3) Kooperation mit dem Gesundheitswesen, sonstigen Fachbehörden privaten Helfern und Hilfsorganisationen sowie anderen Bundesländern .....	326
b) Bereichsspezifische Bundesorgane .....	328
(1) Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ..	328
(2) Technisches Hilfswerk als zusätzlicher Bundesakteur .....	329
(3) Krisenstäbe in den Bundesministerien .....	330
c) Interföderale Kooperationsgremien .....	330
(1) Beschlüsse der Innenministerkonferenz der Länder zur Katastrophenbekämpfung .....	331
(2) Interministerielle Koordinierungsgruppe des Bundes und der Länder .....	331
(3) Gemeinsames Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern .....	332
III. Organisationsrechtliche Bestimmungen im Pandemieplan zur Verknüpfung von Seuchen- und Katastrophenschutzrecht ..	333
D. Kritische Würdigung anhand der Bewertungskriterien .....	334
I. Effektivität .....	335
1. Fehlende völkerrechtliche Pandemiebekämpfungsbefug- nisse der Weltgesundheitsorganisation und die UNMEER- Mission des UN-Sicherheitsrates .....	335
2. Schwache kompetenzielle Ausstattung der EU zur Pandemiebekämpfung .....	337
a) Fehlende Harmonisierung des Seuchenschutzes .....	337
b) Fehlende europäische Katastrophenschutzeinheiten .....	338
3. Organisierte Unzuständigkeit in der nationalen Pandemiebekämpfung .....	338
a) Ungerregtes Verhältnis der konkurrierenden Regelungs- regime des Infektionsschutzrechts, des Katastrophenschutzrechts und der Pandemieplanung .....	339
b) Intransparente, heterogene und teils unklare Kompeten- zuweisungen im Landesvollzug .....	340
c) Erhöhte Komplexität durch Bundesakteure mit mangelnden Zuständigkeitsabgrenzungen .....	341
d) Gesamtbetrachtung der Zuständigkeitsregelungen .....	343

II. Demokratische Legitimation .....	344
1. Demokratische Legitimation der internationalen Pandemiebekämpfung .....	345
2. Demokatische Legitimation der Verantwortungs- verlagerungen im nationalen Infektionsschutzrecht .....	346
a) Ermächtigung der Exekutive zum Erlass von Verordnungen .....	346
(1) Verordnungsermächtigung zur Begründung von Impfpflichten .....	347
(2) Verordnungsermächtigung zum Erlass von Ge- und Verboten zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten .....	350
b) Ermächtigung der Exekutive durch administrative Entscheidungsfreiräume .....	350
III. Rechtsstaatliche Grundsätze .....	352
1. Die UNMEER-Mission des UN-Sicherheitsrates – Politische Dezision im gloablen Ausnahmezustand .....	352
2. Der Generalsekretär der Weltgesundheitsorganisation als entfesselter Souverän in der Pandemie .....	355
3. Die Pandemiekatastrophe im Gewaltenteilungssystem der Bundesrepublik Deutschland .....	357
a) Bundesakteure im Katastrophenschutz und vertikale Gewaltenteilung .....	358
(1) Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ..	358
(2) Technisches Hilfswerk .....	359
(3) Krisenstäbe .....	361
b) Verbot der Mischverwaltung im vertikalen Gewalten- teilungssystem .....	362
(1) Grundsätzliches Verbot der Mischverwaltung .....	362
(2) Einheitliches Zivil- und Katastrophenschutzsystem als Verstoß gegen das Mischverwaltungsverbot .....	362
c) Organisationsrecht im Spannungsfeld zwischen dem Vorbehalt des Gesetzes und der Organisationshoheit der Exekutive .....	363
IV. Gesamtbewertung der Pandemiebekämpfung .....	364
 5. Abschnitt: Risiko- und Katastrophenkommunikation .....	366
A. Völkerrechtliche Risiko- und Katastrophenkommunikation .....	367
B. Europarechtliche Risiko- und Katastrophenkommunikation .....	368
C. Nationale Risiko- und Katastrophenkommunikation in der Bundesrepublik Deutschland .....	368
I. Seuchenrechtliche Bestimmungen .....	368
II. Katastrophenrechtliche Bestimmungen .....	371
D. Kritische Würdigung anhand der Bewertungskriterien .....	372
I. Effektivität .....	372

II. Demokratische Legitimation .....	375
1. Bedeutung der staatlichen Risiko- und Katastrophen- kommunikation für den demokratischen Diskurs .....	375
2. Dezentrale Risiko- und Katastrophenkommunikation im Mehrebenensystem .....	376
III. Rechtsstaatliche Grundsätze .....	376
IV. Gesamtbewertung der Risiko- und Katastrophen- kommunikation .....	378
 6. Abschnitt: Gesamtbewertung der juristischen Bewältigung des Pandemierisikos .....	 379
 Zusammenfassende Schlussbemerkungen zum Recht der Risikobewältigung im Spannungsfeld von Effektivität, demokratischer Legitimation und rechtsstaatlichen Grundsätzen am Beispiel von Pandemien .....	   383
A. Der rechtliche Risikobegriff .....	383
B. Staatliche Aufgabenfelder in der Risikobewältigung .....	384
C. Risikobewältigung im Mehrebenensystem .....	384
D. Spannungsfelder der Risikobewältigung .....	386
E. Konkrete Maßgaben für die einzelnen Arbeitsschritte der Risikobewältigung .....	388
F. Recht als zentraler Steuerungsmechanismus im Umgang mit Risiken ..	391
 Literaturverzeichnis .....	 393
 Sachverzeichnis .....	 433